

7. Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!

7.1 Was werden Sie tun, damit Deutschland und die EU in der Auswärtigen Politik und auf diplomatischer Ebene größere Anstrengungen unternehmen für den Menschenrechtsschutz von LSBTI?

Union



„Die Fragen VII 1., 2. und 3. werden zusammen beantwortet.

Die vernetzte Außenpolitik Deutschlands muss aus Sicht von CDU und CSU auf Werten basieren. Uns ist dabei der wichtigste Wert die Würde des Menschen und unser Eintreten für die Menschenrechte. Dazu gehört auch der Einsatz für bedrängte und verfolgte Minderheiten. Leider gehören in vielen Regionen dazu immer noch Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt oder bedrängt werden. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Vertreter sowohl des deutschen Auswärtigen Dienstes, als auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes bilateral und auch in multilateralen Forum wie dem VN-Menschenrechtsausschuss für die Rechte von Schwulen und Lesben eintreten. Wir setzen uns dafür ein, dass sie noch besser für diese Aufgabe sensibilisiert werden. Wir setzen uns auch künftig für die finanzielle Ausstattung von Programmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit für bedrängte und verfolgte Minderheiten einschließlich Schwulen und Lesben ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird auch künftig zusammen mit den Fach- und Haushaltspolitikern prüfen, welche Institutionen am besten geeignet sind, diese Aufgabe zu erfüllen.“

SPD



„Die SPD setzt sich weltweit für Menschenrechte und gegen Diskriminierung ein. Dazu gehört auch der Einsatz für die Freiheit der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Selbstbestimmung. Dies geschieht sowohl bilateral als auch auf EU- und internationaler Ebene in der Auswärtigen Politik, der Entwicklungszusammenarbeit und in der konkreten Menschenrechtspolitik. Bei der Vielzahl von Ländern, in denen homosexuelle Handlungen verboten sind und strafrechtlich verfolgt werden müssen vor Ort jeweils länderspezifische Strategien entwickelt werden, die vom politischen Dialog mit Regierung und Parlament über Gespräche mit gesellschaftlichen Meinungsführern bis hin zu Kontakten mit bzw. zum Schutz von LGTBI-Organisationen und Menschenrechtsverteidigern reichen. Dies geschieht regelmäßig. Sehr hilfreich für deutsche Botschaften und EU-Missionen sind dabei die 2013 verabschiedeten EU-Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch LGTBI-Personen. Zunehmend erschwerend in den letzten Jahren ist allerdings der schwindende Spielraum, der der Zivilgesellschaft in vielen Ländern geblieben ist und der auch die Unterstützung von LGTBI-Organisationen einschränkt. Weltweit werden die Freiheitsrechte gestutzt. Dies ist ein erschreckender Trend.“

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Linke



„Die deutsche und die EU Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sollte sich im Hinblick auf die Emanzipation von LSBTI an den Yogyakarta-Kriterien orientieren. Eine verstärkte Verzahnung mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist hier aus Sicht der LINKEN geboten. Es muss darauf hingewirkt werden, dass die Kriminalisierung von LSBTI in allen Staaten der Erde abgeschafft wird. Das Soziale und eine emanzipative Entwicklung sollte im Vordergrund stehen. Neoliberale Anpassungsprogramme verschärfen die soziale Ungleichheit und können reaktionäre Gegenbewegungen befeuern.“

Die Grünen



„Die Fragen im Abschnitt 7 werden gemeinsam beantwortet:

Mit den Yogyakarta-Prinzipien wurde 2007 erstmalig ein umfassender Katalog der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität vorgelegt. Zudem wurden Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Staaten ausgesprochen. Viele Regierungen haben diese Prinzipien als Grundlage ihrer Außenpolitik akzeptiert. Dies wollen wir auch für Deutschland erreichen.

Deutsche Menschenrechtspolitik muss eine klare Position beziehen gegenüber Ländern, die Menschenrechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender mit Füßen treten. Gerade angesichts der früheren Verfolgung Homosexueller in unserem Land hat Deutschland eine besondere Verantwortung, Menschenrechtsverteidiger*innen aktiv zu stärken, auch durch finanzielle Unterstützung der hier bereits erfolgreich tätigen zivilgesellschaftlichen Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Auch seine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss Deutschland für die Stärkung der Rechte von LSBTI weltweit nutzen.

Die Menschenrechte von LSBTI müssen integraler Bestandteil der Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Daher unterstützen wir ein LSBTI-Inklusionskonzept. Ein Schwerpunkt muss die massive Unterstützung von internationalen Bemühungen zur Abschaffung der Kriminalisierung von Homosexualität sein – im Rahmen der Vereinten Nationen wie bei sämtlichen bilateralen Kontakten mit Staaten, die noch an der Strafverfolgung von Homosexualität festhalten. Gleichzeitig muss die deutsche Außenpolitik auf bilateraler wie multilateraler Ebene jeder Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans* Menschen entgegenreten. Dazu gehören Bemühungen gegen grassierende Gewalt und dagegen, dass Täter oftmals keine Strafverfolgung zu fürchten haben. Klare Stellung beziehen muss die deutsche Politik auch gegen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. In den auswärtigen Beziehungen und in der Entwicklungszusammenarbeit muss mit Nachdruck auf die Einhaltung der Menschenrechte gepocht werden. In der Entwicklungszusammenarbeit, und dort insbesondere in HIV-Präventionsprogrammen, muss darauf geachtet werden, dass auch Homosexuelle und Trans* Menschen in eine Präventionstrategie integriert sind.

Wir wollen unsere Botschaften dazu nutzen, die Menschenrechtsverteidiger*innen vor Ort zu schützen und mit Wissen und juristischem Sachverstand zu unterstützen. Mittelfristig soll es an allen Botschaften jeweils eine Kontaktstelle für Aktivist*innen geben, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Die Botschaften sollten zudem stärker von ihrem Recht Gebrauch machen bei Strafprozessen als Beobachter vor Ort zu sein und die Angeklagten zu unterstützen. So erfüllen die deutschen Auslandsvertretungen ihre Funktion als Wächter von

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Menschenrechten und helfen Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Diese Dokumentation sollte sich auch in den offiziellen Länderberichten wiederfinden.“

FDP



„Bereits in der Legislaturperiode 2009 bis 2013 haben wir Freie Demokraten uns für die Förderung von Menschenrechtsprojekten für LSBTI im Ausland eingesetzt. Staaten, die Strafnormen gegen Homosexuelle verschärften mussten mit Auswirkungen in der Entwicklungszusammenarbeit rechnen. So wurde im Fall von Uganda und Malawi sogar die Budgethilfe gestrichen. Als in Russland die Meinungsfreiheit in Bezug auf Homosexualität eingeschränkt wurde, haben die Freien Demokraten als Teil der Bundesregierung klar Stellung bezogen und den russischen Botschafter einbestellt sowie eine Menschenrechtskonferenz in Russland gefördert. Als dagegen im Zuge der Olympischen Spiele in Sotchi 2014 die Rechte der LSBTI in Russland stark eingeschränkt wurden oder Nigeria die Strafverfolgung gegen Lesben und Schwule massiv verschärfte, konnte sich die Große Koalition aber zu keinen Konsequenzen durchringen und schickte lediglich den Menschenrechtsbeauftragten vor. Wir Freie Demokraten werden uns auch in Zukunft entschieden für die weltweiten Rechte von LSBTI einsetzen.“

AfD



„Auch im Ausland treten wir für eine Entkopplung der LSBTI-Fragen von der Ideologie des Gender-Mainstreaming ein. Wir werden generell größte Anstrengungen zum Schutz von Menschenrechten anstreben. Den LSBTI fällt hier keine Sonderrolle zu.“

Legende

